Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.56 m. Postbestellgeld. Porto frei. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenten u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Giro-Konto Nr. 24 A.-G. Enztalbank Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Aufgabe wird keine Gewähr übernommen.

№ 129. | Donnerstag den 6. Juni 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Heidelberg, 5. Juni. Die Tagung der Deutschen Zeitungsverleger fand mit einer vaterländischen Kundgebung für das besetzte Gebiet, insbesondere die Rheinpfalz, einen würdigen Abschluß.

Berlin, 4. Juni. Die Regierungsvorlage über die Verlängerung des Republikschutzgesetzes um drei Jahre wurde am Dienstag von dem zuständigen Ausschuß des Reichsrats angenommen. Sie kommt am Donnerstag im Plenum des Reichsrats zur endgültigen Verhandlung.

Vom Finanzausschuß.

Stuttgart, 4. Juni. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses des Landtags berichtete Abg. Bock (Ztr.) über verschiedene Eingaben. Die Eingabe des Württ. Richtervereins wurde der Regierung als Material überwiesen, desgleichen eine Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes betr. Arbeitsgerichte. Der Reichsverband deutscher Jugendherbergen ersucht um Nachlaß von Gebühren bei Errichtung von Jugendherbergen. Die Regierung will von Fall zu Fall in dieser Eingabe die Entscheidung treffen. Kap. 5 wird angenommen. Zu Kap. 6 wird folgender Antrag der Sozialdemokratie angenommen: das Staatsministerium zu ersuchen, die Grundbuchämter anzuweisen, beim Abschluß von Kaufverträgen über der Gebäudeentschuldungssteuer unterliegende Gebäude die Beteiligten über die steuerliche Belastung dieser Vermögenswerte zu unterrichten. Ueber eine Eingabe der Stadtgemeinde Schramberg und anderer Gemeinden berichtet Abg. Andre (Ztr.). Dessen Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung wird angenommen. Kap. 6 wird ebenfalls angenommen. Bei Kap. 7 (Landesstrafanstalten) werden eine Reihe Beschwerden und Anregungen vorgebracht. Justizminister Dr. Beyerle nahm die Strafanstaltsvorstände in Schutz. Er sei glücklich sagen zu können, daß es sich um Persönlichkeiten handle, die ihre Aufgabe von einem hohen sittlichen Standpunkt aus auffassen. Mit rein humanitären Auffassungen komme kein Strafanstaltsvorstand durch; ohne Strafen gehe es nicht ab. Es müsse Ordnung sein. Die Geistlichen leisten sehr gute Arbeit; sie seien Wohltäter der Gefangenen. Die Geistlichen hielten die Verbindung mit den Familien der Gefangenen aufrecht und seien insbesondere für deren Unterkunft bei der Entlassung tätig. Für die Aufseher beständen Lehrgänge und es geschehe alles, um sie für den Strafvollzug gut vorzubereiten. Die Hälfte der Gefängnisaufseher seien Militäranwärter, deren Auswahl mit Vorsicht gehandhabt werde. Die Schlafräume seien verbessert und es werde weiter in diesem Sinne vorgegangen. Für Hall komme eine wesentliche Verbesserung in baulicher Beziehung. Für die Strafanstalten müßten moderne Maschinenanlagen vorhanden sein, sonst könnten die Gefangenen in der Privatwirtschaft nicht mehr durch. Der Verpflegung werde vollste Beachtung geschenkt. Der Speisezettel sei abwechslungsreicher geworden. Alle Klagen könnten nicht abgestellt werden; sie seien stark individuell. Das Eßgeschirr sei überall erneuert, auch die Rasiergerätschaften. Der Gesundheitsfürsorge würde vollste Beachtung zuteil. Die Geschlechtskranken würden alle in einer Anstalt untergebracht und fachmännisch behandelt. Die Bibliotheken seien stark aufgebaut worden. Kommunistische Zeitungen könnten nach wie vor nicht zugelassen werden, solange die kommunistische Partei bewußt an der Beseitigung des heutigen Staates arbeite. Die politischen Gefangenen hätten namhafte Vergünstigungen. Vom Rauchverbot könne er nicht abgehen, zumal schon wiederholt Brandkatastrophen in bedrohliche Nähe gerückt gewesen seien. In der Behandlung von Petitionen werde den Mitgliedern des Petitionsausschusses des Landtags ohne besondere Ermächtigung des Justizministeriums die persönliche Fühlungnahme mit Gefangenen gestattet. Für entlassene Strafgefangene werde immer mehr zu sorgen versucht. In der Gefängnisdruckerei in Heilbronn werden Formulare für das Justizministerium hergestellt. Ministerialrat Roth gab weiter Aufschluß über Einzelheiten. Versuche, hauptamtliche Hausärzte zu bekommen, seien bis jetzt an der Finanzlage gescheitert. Kap. 7 wird genehmigt. Damit ist der Etat der Justizverwaltung erledigt. Es folgt noch die Beratung des Gesetzentwurfes über die Gerichts- und Notariatskostenordnung. Hierüber berichtet Abg. Bock (Z.). Der Gesetzentwurf wird nach kurzer Debatte angenommen. Fortsetzung Mittwoch 3 Uhr.

Reichsminister Dietrich über die Not der Landwirtschaft.

München, 4. Juni. Heute nachmittag fand die feierliche Eröffnung der auf der Theresienwiese entstandenen 35. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft statt. Die Eröffnungsrede hielt als Vizepräsident der D.L.G. Geh. Landesökonomierat Gutsbesitzer Freiherr von Wetten. Die besondere Aufgabe der D.L.G. sei die Verbesserung und Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Technik. Wenn die Landwirtschaft aus eigenen Kräften leiste was nur irgend möglich sei, so müsse auch vom Reich und den Ländern verlangt werden, daß der landwirtschaftliche Berufsstand nicht schlechter behandelt werde als andere und daß die Landwirtschaft die Unterstützung finde, die sie dringend brauche. Reichsernährungsminister Dietrich überbrachte die herzlichsten Grüße der Reichsregierung. Das äußerlich so glänzende Bild dieser Ausstellung stehe in einem scharfen Widerspruch zu den ungeheuren Schwierigkeiten, in denen die Landwirtschaft, dieser lebenswichtige und immer noch entscheidende Produktionszweig unseres Volkes, sich befinde. Nur sorgenvoll könne man in die Zukunft blicken, zumal gerade gegenwärtig der Weltgetreidemarkt eine katastrophale Entwicklung genommen habe, deren Folgen nicht nur für Deutschland, sondern für zahlreiche getreidebauende Staaten unübersehbar seien. Dazu komme, daß wir im Kampf um die Behebung unserer landwirtschaftlichen Sorgen nicht frei seien. Wir seien verstrickt in ein Netz von Verträgen, die nicht nur sofortige zollpolitische Maßnahmen weitgehend hindern, sondern auch solche organisatorischer Art zu hemmen und zu erschweren geeignet seien. Innerhalb der Reichsregierung werde zur Zeit um alle diese Fragen gerungen. Die Sachverständigen in Paris schienen erkannt zu haben, daß Deutschland die Lasten, die es nach ihrer Meinung tragen könne, nur dann zu schleppen imstande sei, wenn es gelänge, einen Teil des jetzt aus dem Auslande bezogenen landwirtschaftlichen Bedarfes aus dem Inlande zu decken. Das aber bedeute, daß der Landwirtschaft in irgend einer Form Hilfe zuteil werden müsse, ohne die sie trotz äußerster Anspannung der eigenen Kräfte ihre Produktion auf das notwendige Maß nicht zu heben vermöge. Wir ständen an einem Punkte, an dem politisch und wirtschaftlich folgenschwere Entscheidungen zu treffen seien.

Selbstmord des Landrats von Wandzleben.

Magdeburg, 4. Juni. In der vergangenen Nacht hat sich der Landrat des Kreises Wandzleben, Kehling, in seinem Dienstzimmer erschossen. Ueber den Selbstmord Kehlings, der der SPD. angehört, schreibt die Magdeburger „Volksstimme", daß führenden Parteigenossen der leidende Zustand Kehlings seit längerer Zeit aufgefallen sei und man ihm in freundschaftlicher Weise nahegelegt habe, einmal für längere Zeit die Dienstgeschäfte abzugeben. Zu diesem Zweck hatte man ihn zu einer Aussprache nach Magdeburg gebeten. Kehling reiste aber nicht ab, sondern erschoß sich des Nachts in seinem Dienstzimmer, wo ihn seine Frau fand. In einer heute abgehaltenen Kreisausschußsitzung wurde von allen Parteien der besonderen Hochachtung für Kehling Ausdruck gegeben.

Deutschnationale Anträge auf Erhöhung des Kartoffel- und Futterzollsatzes.

Berlin, 4. Juni. Die Deutschnationale Volkspartei, die Christliche Bauernpartei und die Deutsche Bauernpartei haben im Einvernehmen mit den Führern der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, Brandes, Schiele, Hermes und Lehr, dem Reichstag zwei Anträge auf Erhöhung der Kartoffelzölle und des Futterzolles eingereicht. Den Anträgen sind ausführliche Begründungen beigegeben.

Reichsminister Dr. Curtius über die Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand.

Berlin, 4. Juni. Anläßlich der zweiten Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums im Reichstag nahm Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort, um zu den Nöten des Mittelstandes Stellung zu nehmen. Der Minister führte dabei u. a. aus: Die Regierung sei entschlossen, für den Fall einer Einigung mit den Gläubigermächten mit dem Konferenzergebnis ein umfassendes Reformprogramm vorzulegen und durchzuführen. Er beschränke sich deshalb heute darauf, die Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand herauszugreifen. Acht Interpellationen und 21 Anträge, die mit der Etatsberatung verbunden seien, beschäftigten sich mit Fragen des Mittelstandes. Der Mittelstand habe ein Anrecht darauf, daß einmal in einer Etatsrede des Reichswirtschaftsministers seine Nöte eingehend behandelt werden. Auch die jetzige Reichsregierung sei der Auffassung, daß die Betätigung der öffentlichen Hand in angemessenen Grenzen zu halten sei. Die Klagen richteten sich besonders gegen Länder und Gemeinden. Reichsgesetzliche Maßnahmen seien schwierig, würden aber im Rahmen der Reichsreform möglich sein. Zurzeit müsse die Kontrolle den Länderparlamenten überlassen bleiben. Eine steuerliche Privilegierung solcher Betriebe sei allenfalls dann möglich, wenn es sich um notwendige aber unrentable Betriebe handle. Der Minister begrüßt die neuerdings vom Ausschuß angenommene Entschließung, wonach die Besteuerung der öffentlichen Hand einer Prüfung unterzogen werden soll. Die Deckung des Bedarfes der Behörden müsse unter besonderer Berücksichtigung des mittelständischen Gewerbes erfolgen. Die Beschäftigung der Strafgefangenen mit produktiver Arbeit sei aus erzieherischen Gründen notwendig. Ein Ausgleich für das Handwerk werde im Strafvollzugsgesetz gefunden werden müssen. Zu den Fragen der Wohnungswirtschaft erklärt der Minister, daß eine Benachteiligung des privaten Baugewerbes gegenüber den sozialen Baubetrieben verhindert werden müsse. In der Kreditfrage spricht sich der Minister gegen die Gründung eines neuen Instituts und die Bereitstellung neuer Sonderkredite aus, er tritt dagegen für die Stärkung und Vereinheitlichung der bestehenden Institute, insbesondere für die Beteiligung des Reiches an der Preußenkasse ein. Der Einzelhandel müsse sich in seinem Existenzkampf besonders des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bedienen. Der Minister erörtert weiter die Steuerfragen, wobei besondere Rücksicht auf die Lage in den Grenzprovinzen genommen werden müsse. Zum Schluß stellt der Minister fest, daß die Reichsregierung in der Fürsorge für den Mittelstand durchaus positiv gewirkt habe. Sie werde auch fernerhin ihr Bestes tun, um seinen Nöten und Sorgen Abhilfe zu bringen. (Beifall.)

Der Stinnesprozeß.

Berlin, 4. Juni. Im Stinnesprozeß wurde in der heutigen Sitzung zunächst festgestellt, daß die von dem Angeklagten Schneid angeblich vorgenommene Sortierung der Anleihestücke in solche, deren Einreichung gefährlich und in solche, deren Einreichung ungefährlich sei, eine Spiegelfechterei gewesen sei. Die angebliche Sortierung ist ganz willkürlich erfolgt. Weiter wurde der Angeklagte Rothmann vernommen. Rothmann, der 1890 geboren ist und im Bankfach und in der Industrie im In- und Auslande tätig war, ist im Jahre 1925 in eine dem Stinneskonzern angehörende Eisenhandelsfirma eingetreten. Ueber das Anleihegeschäft sagte er u. a. aus: Im Oktober 1925 sei er von Stinnes nach Paris geschickt worden, um dort ein Metallwarengeschäft zu machen. Bei dieser Gelegenheit habe er in Paris seinen alten Freund Eugen Hirsch, einen Vetter seiner Frau, getroffen. Er habe ihm das Anleiheablösungsgeschäft vorgetragen. Danach sollten die Ansprüche der Gläubiger in Frankreich, namentlich in Elsaß-Lothringen, auf eigenes Risiko geltend gemacht werden. Eugen Hirsch sei der Meinung gewesen, man könne mit den Inhabern der Anleihestücke ein Geschäft machen, indem man ihnen einen Vorschuß auf ihre Ansprüche gab. Falls die ausländischen Anleihebesitzer ihren Altbesitz nicht mehr vollständig besäßen, sollten die fehlenden Stücke zugekauft und so der ganze ehemalige Altbesitz der einzelnen Gläubiger angemeldet werden. Voraussetzung für diese Ergänzungskäufe sollte aber sein, daß die Stücke ununterbrochen im Auslande gewesen wären. Solche Einkäufe wurden ihm, Rothmann, als berechtigt dargestellt, da der ausländische Kriegsanleihebesitz unter einer Sonderbestimmung stehe. Dieses Verfahren hielt man für zulässig, da man erfahren hatte, daß seriöse Banken diese Geschäfte auch machten. Rothmann hat dann dem Sekretär von Stinnes, v. Waldow, über diese Angelegenheit berichtet, der seinerseits Hugo Stinnes darüber unterrichtet habe. Darauf sei Rothmann mit Stinnes zusammengekommen und habe ihm das ganze Geschäft vorgetragen. Stinnes habe es zwar für riskant, aber lohnend gehalten und sich bereit erklärt, dafür einige 100 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die Höhe des Vorschusses an die Gläubiger sollte dem Börsenkurs der Anleihen entsprechen. Rothmann bekundet ausdrücklich, daß Stinnes durchaus den Eindruck haben mußte, daß das Geschäft völlig korrekt war, ebenso wie er, Rothmann, damals davon überzeugt gewesen sei. Er habe sich an dem Pariser Anleihegeschäft nicht aktiv beteiligt, sondern die Angelegenheit v. Waldow und Stinnes überlassen. Bei einer späteren Zusammenkunft in Paris habe Eugen Hirsch ihm vorgeschlagen, das gleiche Geschäft in Rumänien zu machen.

Mahraun's Bündnisangebot an das Reichsbanner.

Berlin, 5. Juni. Der Führer des Jungdeutschen Ordens, Artgur Mahraun, macht in einem Leitartikel seiner Bundeszeitung dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein offizielles Bündnisangebot. Nach einer Auseinandersetzung über das internationale Versagen des radikalen Pazifismus stellt Mahraun fest, daß die Angriffe auf die Republik nicht von außen, sondern durch Wühlarbeit im Innern drohen. Zu einer staatserhaltenden Einheitsfront großen Stiles sei vor allem die Klärung der Wehrfrage notwendig. Ferner müsse als Zielsetzung die „Fortentwicklung der deutschen Republik als Volksstaat aller Deutschen" festgestellt werden. Der Jungdeutsche Orden sei bereit, für dieses große Ziel alle Gegensätze zurückzustellen, auch den Flaggenstreit vollkommen auszuschalten.

Nöte der deutschen Luftfahrt.

Berlin, 4. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstags nahm heute Reichsverkehrsminister Stegerwald anläßlich der Beratung seines Haushalts das Wort zu längeren Ausführungen über den Lufthaushalt. Er führte dabei u. a. aus: Auch der Rechnungshof habe festgestellt, daß es sich bei der Luftfahrt um eine ungewöhnlich schwierige Aufgabe handle. Man müsse sich damit abfinden, daß es eine Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs und der Luftfahrtindustrie bis auf weiteres nicht gebe, und daß beide sich nur durch Zuwendungen des Reiches halten könnten. Die Länder um uns hätten es leichter, weil bei ihnen die Grundlage der Luftfahrt das bei uns verbotene Militärflugwesen bilde. Diese Länder verausgabten für das Luftfahrtwesen unvergleichlich mehr als Deutschland. Auch wir könnten uns in der Luftfahrtentwicklung nicht abseits stellen. Die LuftHansa habe durchaus kein Monopol, werde aber deshalb allein vom Reich unterstützt, weil sie auch das Risiko langer Flugstrecken trage. 31 Prozent des Aktienkapitals der LuftHansa habe das Reich, 19 Prozent hätten die Länder und je 27½ Prozent die regionalen Gesellschaften und die Privatwirtschaft. Wenn man Entbürokratisierung fordere, spreche man sich unbedingt dafür aus, der LuftHansa die über entsprechende privatwirtschaftliche Kräfte verfüge, alle Freiheiten zu geben. Eine systematische Lösung der Verkehrsaufgaben werde aber die LuftHansa nur lösen können, wenn sie nicht gezwungen ist, von der Hand in den Mund zu leben, sondern wenn sie mindestens für 3 Jahre auf einen festen Mindestzuschuß vom Reich rechnen kann. Als solche Mindestsumme seien für den europäischen Luftverkehr 16 Millionen errechnet, wozu noch Beträge für das Transozean- und Transeurasien-Projekt kämen. Er hoffe, daß das Kapital für dieses, namentlich auch die Reichspost interessierenden Projekts mit einer Garantie des Reiches aus dem Privatgeldmarkt entnommen werden könne. Für die Garantie, Verzinsung und langjährige Amortisation sehe der Haushalt erstmalig 550 000 Mark vor. Ernste Sorge verursache die Frage, ob die hochstehende deutsche Flugzeugindustrie und Motorenindustrie mit den Neuerungen Schritt halten könne, weil kein Geld für Aufträge vorhanden sei. So seien die Mittel für Reichsaufträge in diesem Jahre um 16 auf 6 Millionen gekürzt. Der Minister empfahl, einen besonderen Unterausschuß zu bilden, der die Luftfahrtfragen in Zukunft erledigen solle. Aus dem Zahlenmaterial, das der Minister gab, geht hervor, daß z. B. 1929 England 7, Frankreich 7,25, Deutschland 0,44 Mark pro Kopf der Bevölkerung für die Luftfahrt ausgebe, wobei allerdings in Deutschland nur die zivile in Frage komme.

Ausland.

Paris, 5. Juni. Nach der prinzipiellen Einigung in der Reparationsfrage erkennt die hiesige Presse an, daß die Räumungsfrage erledigt werden muß, erhebt jedoch wieder die bekannten Sicherheitsforderungen.

Schubert in Madrid.

Madrid, 5. Juni. Staatssekretär von Schubert ist gestern abend mit dem fahrplanmäßigen Pariser Schnellzug pünktlich

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

8.35 Uhr in Madrid angekommen. Mit ihm eingetroffen ist Ministerialdirektor Haus, Gesandter Freytag, Geheimrat Freiherr von Weizsäcker und einige andere der deutschen Delegation zugeteilte Beamte. Das spanische Ratsmitglied, Botschafter Quiñones de Leon hatte sich mit verschiedenen leitenden Beamten des spanischen Außenamts zur Begrüßung am Bahnhof eingefunden. Der deutsche Botschafter Graf Welczeck war der deutschen Delegation bis Toledo entgegengefahren.

Londoner Stimmen zur Pariser Vereinbarung.

London, 5. Juni. Zur Pariser Vereinbarung sagt „Times" in einem Leitartikel: Gegenwärtig läßt sich noch nicht voraussehen, wie das Abkommen sich im einzelnen bewähren wird, aber es ist bereits genug über seine Hauptzüge bekannt, um den Beweis führen zu können, daß die Sachverständigen ihre schwierige Aufgabe erfolgreich gelöst haben. „Morning Post" sagt: Der deutsche Vertreter ist sicher unglücklich darüber, daß er sich bereit erklärt hat, so viel zu bezahlen. Und die Gläubiger sind zweifellos unglücklich, weil sie nicht mehr erhalten können. Aber letzten Endes ist es befriedigend, daß feste und regelmäßige Zahlungen gesichert sind.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 4. Juni. (Vorsicht!) Da in mancher Viehhaltung die Dürrfutter-Vorräte zur Neige gegangen sind, wird da und dort schon das Vieh auf die noch ärmliche Grünfutterweide getrieben. Da heißt es aber sehr vorsichtig sein, denn schon kommen Berichte von Viehblähungen und »Abschlachtungen. Einem Bauern mußten von 7 Kühen 4 notgeschlachtet und 3 mit dem Trokar gestochen worden — warum? Weil sie frisch gestreuten Kunstdünger mit hineinfraßen.

42. Landesturnfest in Heilbronn. Nach den bisher eingegangenen Meldungen beteiligen sich am Riegenturnen 297 Männer- und 84 Frauenriegen mit insgesamt 9000 Teilnehmern. Auch die Zahl der Einzelkämpfer hat 3300 bereits überschritten. Diese Zahlen werden sich jedoch noch erhöhen. Damit wird die Teilnehmerzahl vom letzten Landesturnfest in Ulm schon erheblich übertroffen. Die Teilnehmerzahl am Festzug, der in einen Nord- und Südzug gegliedert wird und an welchem sich nur Turner und Turnerinnen beteiligen, wird auf über 15 000 geschätzt. Außerdem dürfte sich noch eine stattliche Zahl Festbesucher einfinden, so daß die Feststadt mit einem Riesenbesuch zu rechnen haben wird. Sch.



geht seit 30 Jahren zwischen den deutschen Hausfrauen und der altbewährten Firma Dr. Oetker hin und her. Voll Vertrauen legt die Firma ihre Erzeugnisse in die geschickten Hände der Hausfrauen, voll Freude und Vertrauen gehen diese ans Werk, denn sie wissen, daß sie nach Oetker-Rezepten mit voller Sicherheit des Gelingens backen. Natürlich — nur mit

Dr. Oetker's Backpulver Backin

Eine Fülle von praktischen Back-Rezepten bieten „Dr. Oetker-Rezepte", Ausgabe F (Preis 15 Pfg.) und „Dr. Oetker's Schulkochbuch" (Preis 30 Pfg.). Zu haben in den Lebensmittelgeschäften oder, wenn vergriffen, gegen Einsendung in Marken von

Dr. August Oetker, Bielefeld.

(Wetterbericht.) Die nördliche Depression wirkt stärker auf die Wetterlage in Süddeutschland und läßt für Freitag und Samstag immer noch mehrfach bedecktes und auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter erwarten.

Birkenfeld, 5. Juni. Auf Grund der Besichtigung der Gemeindegebäude durch den Gemeinderat hat der Ortsbaumeister in der Sitzung am 28. v. M. eine Aufstellung über die auszuführenden Hochbauarbeiten vorgelegt. Hienach sollen noch im Laufe des Jahres verschiedene Gemeindegebäude insbesondere das Rathaus durchgreifend instandgesetzt werden. Von dem vorgesehenen Einbau einer Warmwasserheizung im Rathaus soll mit Rücksicht auf den bedeutenden Kostenaufwand abgesehen und die verfügbaren Mittel in der Hauptsache zur Erstellung eines Freibades an der Enz verwendet werden. — Auf eine Eingabe des Bürgervereins hier setzt der Gemeinderat für die Bezahlung der 1. Rate für die Feldbereinigung II mehrere Termine fest. — Das restliche zum Verkauf bereitgestellte Stammholz mit insgesamt 517 Fm. wird den beiden Firmen Sägewerk Kling in Pfinzweiler und Buck in Gräfenhausen um ihre Angebote, die sich zwischen 100 und 113 Prozent der Landesgrundpreise bewegen, zugeschlagen. — Dem Gesuch des Turnvereins um Anschluß an die Ortswasserleitung und um Genehmigung zur Einleitung des Abwassers in die anläßlich der Verbesserung der Dietlinger Straße neu eingelegten Dohlen wird stattgegeben. — Anläßlich der Instandsetzung der unteren Karlstraße sollen die Gehwege bei den Gebäuden Karlstraße 1 und 5 auf Kosten der Gebäudeeigentümer durch die Gemeinde ausgeführt werden. — Die Lieferung der erforderlichen Zementröhren für die Dietlinger Straße wird der Firma Kling & Trenkisch hier und die Lieferung der erforderlichen Vorlagsteine der Firma Ernst Zorn in Eutingen übertragen. — Gegen mehrere Baugesuche, die dem Gemeinderat vorliegen, werden Einwendungen nicht erhoben, sofern die Bauten entsprechend der beabsichtigten Festlegung der Baulinien erstellt werden. — In der Sitzung am 1. d. M. erstattete der Ortsbaumeister über die Besichtigung der Badeplätze an der Enz Bericht. Auf Grund eingehender Aussprache wurde sodann der Ortsbaumeister beauftragt, an dem bisherigen Badeplatz an der Enz die dortigen Felsen entfernen zu lassen. — Eine Reihe kleinerer Verwaltungssachen und 2 Grundstücksschätzungen bildeten den Schluß der Sitzung.

Württemberg.

Altensteig, 5. Juni. (Ein schweres Autounglück infolge Holzschleifens.) Montag vormittag fuhr das Personenauto des Schultheißen Rappler von Igelsberg, das von seinem Buchhalter gelenkt wurde, die Nagoldtalstraße herab gegen Altensteig. Zwischen der Völmlesmühle und dem Schneebach sauste plötzlich ein Stamm vom Waldhang herab gegen das Auto zwischen Vorder- und Hinterrad und zerschmetterte das Ersatzrad, das an dieser Stelle hing. Das Auto selbst, in dem drei Personen, zwei Krankenschwestern und eine Frau aus Erzgrube saßen, wurde mit großer Wucht den Abhang hinab gegen die Wiese und in die Nagold geschleudert. Das Auto überschlug sich dabei viermal und schleuderte die Insassen heraus. Bauer und Fuhrmann Pfeifle aus Hochdorf, dem der angeseilte Stamm durchgegangen war, sprang schnell zur nahen Völmlesmühle, von wo aus ärztliche Hilfe von Altensteig und das Sanitätsauto von Freudenstadt gerufen wurde. Die Verunglückten saßen und lagen unten an der Böschung der Nagold, von dem ausgestandenen Schrecken wie gelähmt, aber keiner mit lebensgefährlichen Verletzungen. Der verunglückte Kraftwagenlenker, Buchhalter Ernst Teufel-Igelsberg, erlitt neben leichteren Verletzungen einen Armbruch, die einer der Schwerverletzten, u. a. einen Rippenbruch, die andere Verletzungen am Kopf usw.; Frau Schreinermeister Reinhardt aus Erzgrube trug offenbar mit leichteren Quetschungen davon.

Ludwigsburg, 5. Juni. (Verlegung der Standardwerke?) Schon längere Zeit wird hier über den Lärm geklagt, den die Standardwerke in der sonst ruhigen Lage verursachen sollen. Die Polizei und auch das Oberamt sind diesen Klagen nachgegangen, haben aber feststellen müssen, daß der durch die Standardwerke verursachte Betriebslärm auf ein Mindestmaß reduziert war und daß sich beim besten Willen einige Geräusche nicht vermeiden lassen. Die Klagen haben nicht aufgehört. Die Standardwerke sind nun, wie die „Ludwigsburger Zeitung" mitteilt, entschlossen, ihrerseits die Folgerung zu ziehen und so haben sie sich bereits nach einem anderen Platz, an dem sie ungestört schaffen können, umgesehen. Man hat ihnen — außerhalb Ludwigsburgs — verschiedene günstige Angebote gemacht. Das Blatt schreibt hiezu weiter, daß von der Verursachung ungewöhnlichen Lärms keine Rede sein kann und daß die Stadt auf dem Standpunkt steht, daß sie von Werken allein nicht leben kann, sondern auch Industrie braucht. Lauter geräuschlose Industrie bekommt man eben nicht. Kürzlich wurde ein Fahrer der Werke, als er im 80-Kilometer-Tempo einen Wagen ausprobierte, von einem Mann angefallen; der Angreifer versuchte, auf ihn einzuschlagen, traf aber nur mehr das Schutzblech. Ein tödlicher Sturz hätte in Folge dieses Vorfalls sein können. Die Stadtverwaltung will alles versuchen, die Standardwerke zu halten.

Heilbronn, 5. Juni. (Eine furchtbare Bluttat.) Gestern vormittag gerieten zwei 12 Jahre alte, hier bei ihren Eltern wohnhafte Volksschüler in Streit, in dessen Verlauf der eine dem andern mit einem Taschenmesser einen Stich in die Lendengegend versetzte. Der Gestochene ist der Sohn eines zugezogenen Polen namens Czappalla, der schon längere Zeit hier wohnt und dem Heilbronn zur zweiten Heimat geworden ist. In der Familie herrscht ob des Vorfalls große Trauer. Bei dem Täter handelt es sich um den 12 Jahre alten Sohn des Schreiners Plattner. Man erschrickt ob der Roheit des Knaben, der sich zu einer solchen furchtbaren Tat hinreißen ließ. Plattner besuchte fast jeden Sonntag das Kino in Böckingen. Nun kommt der Junge in Zwangserziehung.

Stuttgart, 5. Juni. (Die Schwäbische Bilderbühne ging ein.) Die württ. Bildstelle hat der „Südd. Ztg." mitgeteilt, daß die Schwäbische Bilderbühne im Landesgewerbemuseum am letzten Sonntag voraussichtlich für immer geschlossen worden sei. Staat und Stadt wollen die nötigen Zuschüsse auch weiterhin leisten, doch hat das Landesgewerbeamt den Saal im Landesgewerbemuseum gekündigt, weil dieser für Vorträge benötigt wird.

Stuttgart, 4. Juni. (Brudermord.) Eine außergewöhnliche Bluttat hat in den letzten Tagen ihre Aufklärung gefunden. In einem Hause der Herrlingerstraße in Ulm wohnten bis Anfang November v. J. der 39 Jahre alte Maler Anton Schömig und seine Ehefrau eine Dreizimmerwohnung. Der Ehemann hatte einige Zeit zuvor seinen 6 Jahre jüngeren Bruder, den Maler Ludwig Schömig, in seine Hausgemeinschaft aufgenommen gehabt. Anfang November erschien an



Gelegenheitskäufe!

1 neues eichenes Piano, im Auftrag, mit 20% Rabatt.
1 neues schwarzes Piano, im Auftrag, mit 20% Rabatt.
1 schwarzes, fast neues Piano, sehr preiswert.
1 palisander Piano, 3 Jahre alt, weit unter Preis.
1 älteres Piano, zum Lernen, Mk. 300.—.
2 Tafelklaviere, à Mk. 100.— und Mk. 150.—.
Zahlungserleichterung.

Schmid & Buchwaldt,
Pianohaus,
Pforzheim.
Telefon 1613. — Poststraße 1. „Im Industriehaus".

Das Todesurteil.

Roman von Kurt Martin.

(Alle Rechte vorbehalten.)

Vertrieb: Literarisches Büro „Das neue Leben", Bayr. Gmain, Oberbayern.

52

Sie sprach:

„Muttchen, du darfst nicht solchen Gedanken nachgehen! — Du irrst dich, glaube es mir! — Es ist alles anders. — Siehst du, ich muß doch an meine Zukunft denken, und in Klaus Larsen finde ich einen Mann, der —"

Frau Jutta schüttelte den Kopf.

„Täusche dir doch nicht selbst etwas vor! Weißt du noch, wie du vor kurzem über Reinhold sprachst? Besinne dich! — Geh ins Haus. Ich empfange Herrn Larsen, wenn er kommt, und sage ihm, daß du dir Bedenkzeit ausbittest bis nächstes Jahr, wenn er von seiner Indienfahrt zurück ist."

„Nein! Ich habe ihm gestern mein Wort gegeben, und ich will mein Wort halten. Ich will ihn erwarten und ihm sagen, daß du mit unserer baldigen Hochzeit einverstanden bist."

„Irmingard, das kann ja nicht dein Ernst sein!"

„In drei Wochen bin ich seine Frau!"

„Höre doch auf mich! Wo bist du denn, mein Kind! — Wo ist deine Seele! — Du bist ja gar nicht hier! — Irmingard, wo finde ich deine Seele? — Habe ich innerhalb eines Tages meine Irmingard verloren? Meinen Sonnenschein!"

„Ich bleibe doch bei dir, Muttchen."

„Du, du — die Frau Klaus Larsens!" —

„Du bist überrascht; aber du wirst dich bald an alles Neue gewöhnen."

„Ja, ich fasse nichts! — Ich meine zu träumen! — Und träume auch! — Irmingard, wecke mich doch auf! — Es lastet ein böser Alp auf mir!"

„Muttchen, nicht so!"

„Was ist gestern geschehen? — Was ist nur geschehen? — Sage es mir, ist's wieder deines Vaters Schicksal —?"

„Muttchen, Klaus weiß ja alles; er bedauert Vater."

„Er! — Ja. — Aber anders, ich frage anders. — Ist's deines Vaters Schicksal, das dich — zu Klaus Larsen treibt, fort — fort von Reinhold Schmidt?"

„Was denkst du —"

„Kind, schwöre mir bei dem Andenken —"

„Da kommt Klaus Larsen! — Sage nichts dagegen, bitte! Wenn du mich liebst, dann laß mich seine Frau werden! — Ich bitte dich, laß mich!"

15.

Günther sah überrascht auf den Eintretenden.

Was wollte der Rechtsanwalt Dr. Deubler bei ihm, dem Vetter, der fremd und gleichgültig bisher an ihm vorübergeht? —

Horst Deubler grüßte kurz. Er war sichtlich erregt. Den angebotenen Stuhl übersah er.

„Sie werden sich kaum über mein Kommen wundern, Herr Dr. Jorden!"

„Im Gegenteil. Ich bin sehr überrascht, Sie bei mir zu sehen."

„So! — Ich bin nur gekommen, um Ihnen zu sagen, daß es nichtswürdig und gemein ist, wie Sie an mir gehandelt haben."

Günther trat einen Schritt zurück. Er maß den Besucher erstaunt.

„Verzeihung! Sie haben sich mit Ihren Vorwürfen wohl in der Person geirrt!"

„Ganz und gar nicht! — Ich weiß, wem ich das Unerhörte zu danken habe. Dem Sohne des Brudermörders Ulrich Jordan!"

„Herr Doktor!"

„Bitte!"

„Ich ersuche Sie, sich deutlicher zu erklären, und zwar etwas rasch!"

„Gemach! Ich habe nicht die Absicht, mich auch nur eine Minute unnötig bei Ihnen aufzuhalten."

„Ihr Besuch erscheint mir an sich mehr als unnötig!"

„Sind Sie zu feige, Ihre Gemeinheit einzugestehen?"

Günther ward unruhig.

„Ich muß Sie bitten, sich so zu benehmen, wie es einem Mann von Bildung zukommt. Sonst darf ich Sie wohl ersuchen, dies Zimmer zu verlassen."

Horst Deubler sah ihn spöttisch an.

„Ich will Ihnen nur sagen, daß ich mich abgefunden habe! — Den Erfolg Ihrer gemeinen Handlungsweise werden Sie noch heute erleben! — Mich treffen Sie nicht; aber ich habe Sie getroffen! — So rächt sich Ihr Handeln! — Ihr Verreise dieser Tage nach Newyork zu einem Freunde! — Ihr Abreise hing nur von einer Entscheidung hier ab. Es bietet sich mir drüben eine glänzende Laufbahn. — Aber Sie, Sie sind hier gebunden! Sie werden den Stachel fühlen, mit der Sie auf mich zielten!"

Günther fuhr ihn an.

„Genug! Es interessiert mich nicht, was Sie tun oder lassen. Aber eine Erklärung für Ihre unerhörten Behauptungen werden Sie mir geben!"

„Sie verkehrten in letzter Zeit im Hause des Justizrats Pöhler. Ich begegnete Ihnen dort. Natürlich war ich hoch erfreut, an die Verwandtschaft mit der Familie des Brudermörders —"

„Herr Dr. Deubler!"

„Es entging Ihren Augen nicht, daß ich mich um Ellen, die älteste Tochter des Justizrats, bewarb. — Bitte, leugnen Sie nicht! Ich sah es Ihren boshaften Augen an! — Und da kam es Ihnen in den Sinn, mir die Gunst des Mädchens abzujagen."

„Tollheit! — Ich dachte nie an Ellen Pöhler!"

„Sie kamen aber zu keinem Erfolg! Und bei dem letzten gesellschaftlichen Zusammentreffen beobachteten Sie wohl, daß ich mich mit Ellen Pöhler aussprach, das —. Gut, Sie gingen darauf zu dem Justizrat und erzählten ihm, daß ich mit Ihnen verwandt sei, daß Ihr Vater als Mörder geendet habe. Als ich heute im Hause Pöhler erschien und bei dem Justizrat um die Tochter warb, wies er mich mit dem Hinweis auf diese Verwandtschaft ab. Gemein haben Sie gehandelt! — Aber —"

„Halt! Hat Justizrat Pöhler Ihnen gesagt, daß ich ihm Ihre Verwandtschaft zu uns erklärt habe?"

„Nein, aber —"

„Wieso kommen Sie auf diese Vermutung, daß ich den Justizrat gegenüber von der Verwandtschaft sprach?"

„Weil Sie und nur Sie von dieser Verwandtschaft wissen! Weil Sie hofften, damit mich aus dem Felde schlagen zu können, weil —"

„Warten Sie!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ludwig Schömig in der Wohnung seiner Schwägerin und brachte vor, ihr Mann habe sie verlassen, sei mit einem reichen Mädchen nach der Schweiz geflüchtet und habe ihn beauftragt, seine Schwägerin zu veranlassen, ihre ganze Wohnungseinrichtung zu verkaufen und mit ihm nach Stuttgart zu verziehen. Die Frau leistete dieser Aufforderung auch Folge und verzog mit ihrem Schwager nach Stuttgart. Hier nahmen Ludwig Schömig und seine Schwägerin Wohnung, wobei sich beide, angeblich einem Wunsche des Anton Schömig folgend, als Ehepaar ausgaben. Von ihrem Ehemann bekam die Frau Schömig kein Lebenszeichen mehr. Vor wenigen Tagen nun erst wurde beim Landeskriminalpolizeiamt Stuttgart die Anzeige erstattet, daß die Vermutung bestehe, daß bei dem Ehepaar Schömig irgend etwas nicht in Ordnung gehe. Die einsetzenden kriminalpolizeilichen Ermittlungen hatten zur Folge, daß der angebliche Anton Schömig dann zugegeben, daß er in Wirklichkeit der Ludwig Schömig sei und Anfang November v. J. mit seinem Bruder Anton Schömig in einem von diesem in Ulm gepachteten Gartengrundstück Streit bekommen habe, da er mit der Ehefrau des Anton Schömig in unerlaubten Beziehungen gestanden sei. Im Verlauf des Streites habe er seinen Bruder Anton mit einem Beil erschlagen und die Leiche in dem Gartengrundstück vergraben. Bei der am Nachmittag des 3. Juni in Ulm stattgefundenen Nachschau wurde dann auch die Leiche des Anton Schömig in dem Gartengrundstück gefunden. Ludwig Schömig hatte sich vom Tag der Tat an als seinen Bruder Anton ausgegeben und mit seiner Schwägerin als Mann und Frau in Stuttgart zusammengewohnt. Er hatte sich auf den Namen Anton Schömig polizeilich angemeldet, auf diesen Namen Arbeitslosenunterstützung bezogen und überdies noch für seinen Bruder Anton Schömig eine dreitägige Gefängnisstrafe wegen Körperverletzung verbüßt. Von seiner eigenen Frau und seinem Kind lebt Ludwig Schömig seit längerer Zeit getrennt.

Unstmettingen, OA. Balingen, 5. Juni. (Tödlicher Unfall.) Ein tragischer Unglücksfall stieß am Sonntag der etwa 23 Jahre alten Rosa Witzemann von hier zu. Mit ihrem Fahrrad unternahm sie in Begleitung einer Freundin eine kleine Tour. Auf der abschüssigen Straße zwischen Bisingen und Welsingen wurden die beiden Mädchen von 2 Motorradfahrern überholt. Das Signal der Motorradfahrer erschreckte die Rosa Witzemann. Ob sie von dem Motorradfahrer angefahren wurde, oder ob sie beim Ausweichen infolge des Schreckens zu nahe der Böschung kam und über diese hinunterstürzte, läßt sich nicht genau feststellen. Ein vorüberfahrendes Auto verbrachte sie hilfsbereit in die elterliche Wohnung, wo ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war. Ueber Nacht traten furchtbare Schmerzen ein, die die sofortige Ueberführung ins Krankenhaus Ebingen notwendig machten. Dort erfolgte nach einigen Stunden der Tod. Es wurde festgestellt, daß bei dem Sturz über die Lenkstange die Milz zerquetscht worden war und innere Verblutung eintrat.

Ulm, 5. Juni. (Zur Mordtat.) Ueber die Auffindung der Leiche des ermordeten 39 Jahre alten Malers Anton Schömig wird noch berichtet: Am 3. Juni begaben sich die Stuttgarter Polizeibeamten mit dem Ludwig Schömig nach Ulm, wo unter Zuziehung der Ulmer Polizei in dem betreffenden Gartengrundstück, einem Schrebergarten, nach der Leiche geforscht wurde. Diese wurde dann auch 30 bis 50 Zentimeter tief in dem Boden entdeckt und ausgegraben. Um den Platz möglichst unkenntlich zu machen, hatte der Mörder einen Stock Johannisbeeren dort eingepflanzt. Ludwig Schömig, der gefesselt nach Ulm transportiert worden war, hat dann angesichts der Leiche die Tat nochmals eingestanden. Die Leiche wurde zum Zwecke weiterer Feststellungen in das Leichenhaus in Ulm verbracht. Angesichts dieser Umstände erhob sich die Frage, ob die Ehefrau des Ermordeten an der grausigen Tat völlig unbeteiligt war, nachdem sie doch mit ihrem Schwager schon zu Lebzeiten ihres Mannes ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Die Polizei kam jedoch in diesem Fall nicht zu einer Verhaftung, da ihre Angaben und die Behauptung, sie sei völlig unbeteiligt, zunächst nicht unglaubhaft geschienen haben. Es scheint, daß die vernehmenden Polizeibeamten aus dem Schrecken und Entsetzen, mit dem sie die Mitteilung von der Ermordung ihres Mannes aufnahm, den Schluß gezogen haben, daß sie in der Tat nichts mit dem Mord zu tun gehabt habe.

Jahrestagung des Württ. Weinbauvereins.

Nach einer Sitzung des Ausschusses mit den Vertrauensmännern am Sonntag vormittag, wobei Landesökonomierat Gräter-Weinsberg über die Bedeutung des arbeitswirtschaftlichen Lehrganges der D.L.G. für die Weingärtner gesprochen hatte, hielt der Württ. Weinbauverein am Nachmittag seine jährliche Hauptversammlung im Konzertsaal der Liederhalle in Stuttgart. Der stellvertretende Vorsitzende, Landesökonomierat Mährlen-Weinsberg, erstattete den Jahresbericht. Daraus ist u. a. zu entnehmen: Der Weinbau litt schon im Herbst und leidet noch unter einer bemerkenswerten Flauheit des Weinabsatzes; von den 25 Prozent des im Herbst nicht abgestoßenen Weines lagern heute noch ansehnliche Posten in den Kellern der Besitzer und Genossenschaften. Wo Weine einen Keller verlassen, stehen die Preise ganz allgemein unter den Herbstpreisen. Geht man den Ursachen dieser Erscheinung nach, so ist es nicht schwer, eine Reihe solcher zu finden: Es gab mehr Wein im Land, als man noch vor dem Herbst geschätzt hatte; in den Kellern der Hauptkäufer, der Wirte, lagern noch Posten alter Weine; die weitverbreitete Geldknappheit legte den Käufern beim Weineinkauf Beschränkungen auf; die zuerst bekannt gewordenen Herbstpreisforderungen waren zu hoch, fanden in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Qualität der Erzeugnisse und wirkten abschreckend. Der Weinkonsum ist ganz bedeutend zurückgegangen. Was den letzten Punkt anbelangt, so wäre durch eine Senkung der Ausschankpreise wohl am besten und raschesten abgeholfen. Den Wiederaufbau rebkrankverseuchten Geländes zu fördern, setzte sich der Verein bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft, für Verbilligung der von den privaten Pfropfanstalten an die Weingärtner abzugebenden Pfropfreben ein. Die Frage der Wiederbelebung des Weinbaus in verlassenen Weinbaugebieten ist nach wiederholter eingehender Prüfung und Beratung soweit gediehen, daß im Lauf dieses Sommers einige geeignete Plätze ausgesucht werden sollen, die bei der Wiederaufnahme des Weinbaus Gewähr für die Erzeugung von Qualitätswein liefern. Die Erstellung einiger Versuchsweinberge, für die ein angemessener Staatszuschuß zu erhoffen ist, wird frühestens im kommenden Jahr erfolgen können. In der Aussprache forderten mehrere Mitglieder Nachlaß der Winzerkredite. Der Vorstand der Weinbauversuchsanstalt Weinsberg, Dr. Kramer, hielt hierauf einen Vortrag über die Bedeutung des Entkeimungsfilters. Die Vorstandswahl hatte das Ergebnis, daß an Stelle des verstorbenen Vorsitzenden, Landesökonomierat Schöffer, der stellvertretende Vorstand, Landesökonomierat Mährlen-Weinsberg einstimmig zum Vorstand des Weinbauvereins gewählt wurde. Auch die ausscheidenden Ausschußmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt; zugewählt wurden Landtagsabg. Bauer-Hohenheilstein, H. Schneider-Heilbronn und Mühlbronner-Stuttgart. Die Rebstandsberichte ergaben einen klaren Ueberblick über den augenblicklichen Stand der Reben im Land. Im allgemeinen lauten die Berichte günstig.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 5. Juni. Das Plenum des Württ. Landtags wird am Dienstag, 11. Juni, nachmittags ½4 Uhr, wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen neben sieben Kleinen Anfragen zweite und dritte Beratung des Entwurfs zum Viehseuchengesetz, zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltplans für das Rechnungsjahr 1929 und erste evtl. zweite und dritte Beratung des Entwurfs zum Beamtengesetz. Der nächsten Sitzung des Landtags gehen eine Sitzung des Aeltestenrats und Fraktionssitzungen vor.

Friedrichshafen, 5. Juni. Das auf dem Bodensee verkehrende Passagierflugzeug D 702 stürzte heute nachmittag bei Lindau in den See. Das Flugzeug stand auf dem Kopf, konnte sich jedoch mit eigener Maschinenkraft noch ans Land bringen. Ein Flügel wurde durch den Aufprall auf dem Wasser erheblich beschädigt. An Bord des Flugzeugs befanden sich außer dem Piloten noch vier Fahrgäste, welche jedoch mit dem Schrecken davonkamen.

Berlin, 5. Juni. Zur Teilnahme an der Ratstagung des Völkerbundes in Madrid hat heute abend Reichsaußenminister Dr. Stresemann mit seiner Gemahlin Berlin verlassen. In seiner Begleitung befanden sich Staatssekretär Dr. Pünder, Reichspressechef Ministerialdirektor Dr. Zechlin und vortragender Legationsrat Dr. Redlhammer.

Berlin, 5. Juni. Das Urteil des Schöffengerichts Berlin-Mitte vom 14. April ds. Js., in dem der Studienassessor Heinrich Diez und Dr. Goldmann freigesprochen wurden, ist rechtskräftig geworden.

Berlin, 5. Juni. Das Schwurgericht I verurteilte gestern nachmittag den Fahrstuhlführer Karl Kurosch wegen vorsätzlicher Tötung seiner Ehefrau unter Einbeziehung der bereits gegen ihn wegen Tötung seiner Stieftochter erkannten Strafe zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wurde mit sechs Monaten in Anrechnung gebracht. Das Schwurgericht hat es abgelehnt, dem Angeklagten zu glauben, daß seine Frau mit der Tötung einverstanden war. Mildernde Umstände sind ihm zugebilligt worden, weil er aus einer degenerierten Familie stammt und jähzornig veranlagt ist.

Berlin, 5. Juni. Der frühere Lombardhausbesitzer Sally Bergmann, der vor einiger Zeit wegen Betruges zu drei Jahren Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe oder weiteren fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden war, und der nach Rechtskraft des Urteils als Strafgefangener noch immer im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses in Moabit geblieben war, ist gestern gemäß einem Antrag seiner Rechtsanwälte vorläufig freigelassen worden. In dem Antrage ist darauf hingewiesen worden, daß Bergmanns Gesundheitszustand eine Ueberführung nach Plötzensee zur Strafverbüßung unmöglich mache. Durch Verfügung des Oberstaatsanwalts ist Bergmann daraufhin eine sofortige Strafunterbrechung auf sechs Monate bewilligt worden und Bergmann wurde vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

Hamburg, 5. Juni. Die Entschädigungsklage, die der Chemiker Dr. Stolzenberg wegen der nach der bekannten Wilhelmsburger Giftgaskatastrophe erfolgten Verzichtung der ihm gehörenden Phosgenbestände gegen den Hamburgischen Staat angestrengt hatte, wurde von der Zivilkammer VI zurückgewiesen, weil eine Enteignung nach § 153 der Reichsverfassung nicht vorliege. Die Polizei habe nach Ansicht des Gerichts bei ihren Verfügungen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gehandelt.

Straßburg, 5. Juni. Das elsässische Verwaltungsgericht hat die Wahl der Autonomisten Rossé und Schall zu Gemeinderatsmitgliedern in Kolmar bzw. Straßburg als ungültig erklärt.

Neapel, 5. Juni. Das Observatorium auf dem Vesuv meldet in seinem Bericht von 7 Uhr vormittags, daß während der ganzen Nacht sehr starke Explosionen zu vernehmen waren, während die Oeffnung des kleinen Eruptionskegels neue Lavaströme ausfließ. In der Zeit von Mitternacht bis 1 Uhr morgens nahm die vulkanische Tätigkeit noch mehr zu und zwischen 4 und 4½ Uhr morgens stiegen gewaltige Feuersäulen bis zu einer Höhe von 500 Meter auf. Die ganze innere Fläche des großen Kraters hat sich in ein Feuermeer verwandelt. Die Annäherung an die Kraterränder ist äußerst gefährlich.

Udine, 5. Mai. Ein zur Aufbewahrung von Sprengstoffen der Kriegsverwaltung bestimmter im Dorfe Tauriano bei Spilimbergo gelegener Lagerschuppen geriet aus unbekannter Ursache in Brand und flog in die Luft. Elf Arbeiter wurden getötet, sechs schwer und sieben leichter verletzt.

London, 5. Juni. „Exchange Telegraph" meldet aus Tokio, daß der japanische Dampfer „Wugo Maru" bei der Küste von Kamtschatka in Brand geraten und untergegangen sein soll. Man fürchtet, daß die Mannschaft und die Passagiere, insgesamt 700, meist Japaner und Russen, bei dem Unglück ums Leben gekommen sind.

Die Untersuchung der Motoren des „Graf Zeppelin".

Friedrichshafen, 5. Juni. Wenn das Luftschiff bisher von Kurbelwellenbrüchen verschont war, so ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß zwischen Propeller und Motoren im Luftschiff ein Getriebe eingeschaltet war, das vom Propeller ausgehende Störungen auffing. Wir erfahren beim Luftschiffbau Zeppelin, daß die Untersuchung der Kurbelwellenbrüche in systematischer Weise durchgeführt wird und gewisse abschließende Ergebnisse gezeigt hat. Erste Fachleute der deutschen Technik, wie Professor Kupfbach von der Technischen Hochschule in Dresden, ferner der hervorragende Schwingungstheoretiker Professor Thoma von der Technischen Hochschule Karlsruhe, der ein neues ausgezeichnetes Meßverfahren zur Aufzeichnung von Schwingungen entdeckt hat, sind zu den Untersuchungen zugezogen worden. Zunächst ist eine Untersuchung der Motoren auf dem Prüfstand der Maybachwerke vorgenommen worden. Das Resultat war, daß die Schwingungen von kritischem Ausmaße sich hier nicht zeigten und zwar weder bei fester Verbindung der Zylinder untereinander, noch bei durchschnittenem Anfang- und Auspuffmotor. Weitere Untersuchungen auf dem Prüfstand sollen erfolgen. Die Motoren werden dann einer weiteren Prüfung in einer Maschinengondel unterzogen, ferner sollen Messungen auf Fahrten im Luftschiff vorgenommen werden. Die großen, insbesondere die atlantischen Fahrten kommen vorläufig nicht zur Ausführung, bevor die Störungsquellen nicht beseitigt sind.

„Tierische Roheit".

Vor dem Schöffengericht in Köln hatten sich 7 Nationalsozialisten wegen Landfriedensbruches zu verantworten. Sie hatten anläßlich des Gautages des niederrheinischen Reichsbanners am 18. März Ueberfälle auf Reichsbannerleute verübt. So hatten sie u. a. ein junges Mädchen mit einem Stockeisen niedergeschlagen und einen 60jährigen Reichsbannermann durch Fußtritte so mißhandelt, daß er in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Staatsanwalt beantragte gegen 3 der Angeklagten, die überführt waren, eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Das Gericht ging über diesen Antrag erheblich hinaus und verurteilte die 3 Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten und zur Zahlung einer Buße von 100 bis 700 Mark an die Verletzten. In dem Urteil wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei der Strafzumessung strafverschärfend in Betracht gezogen werden müsse, daß die Angeklagten in ihrem Parteihaß „in geradezu tierischer Roheit über unschuldige, ahnungslose Leute hergefallen seien wie wilde Tiere, die nach Opfern gesucht hätten."

Werkspionage in Saarbrücken.

Saarbrücken, 5. Juni. Die hiesige Kriminalpolizei hat eine groß angelegte Werkspionage, durch die eine Fabrik für Kühlschränke und Kühlanlagen geschädigt worden ist, aufgedeckt. Ein Ingenieur der Fabrik, der ein neues Fabrikationsverfahren an eine Straßburger Konkurrenzfirma verraten hatte, wurde verhaftet. Bei dem Straßburger Helfer, der ebenfalls verhaftet wurde, fand man einen Teil der Originalpläne. Die Vernehmungen förderten weiteres Material zutage, das darauf hindeutete, daß die Angelegenheit auch nach Dresden, Stuttgart und Chemnitz hinüber spielt. In Chemnitz wurde auf Veranlassung der Saarbrücker Untersuchungskommission, die im Flugzeug die genannten Städte aufgesucht hatte, eine dritte Verhaftung vorgenommen. Auch nach Oslo sollen Fäden geschafft worden sein. Die Kommission ist bereits nach dort unterwegs.

Billigkeitsmaßnahmen auf dem Gebiet der Vermögenssteuer.

Der Reichsfinanzminister hat in Ausführung der Entschließung des Steuerausschusses des Reichstages vom 22. März zur Milderung der Härten, die sich in einzelnen Fällen bei der Einheitsbewertung 1928 aus der Heraufsetzung der Werte gegenüber 1925 ergeben haben, folgendes angeordnet: 1. Für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und den Weinbau soll in den Fällen, in denen ein Rückgang des Einkommens oder eine Zunahme der Verschuldung in bestimmtem Umfange eingetreten ist, ein Teil des Mehrs an Vermögenssteuer gegenüber 1925 erlassen werden. 2. Bei dem zwangsbewirtschafteten Grundbesitz sind, soweit sich jetzt höhere Vermögenssteuerbeträge gegenüber 1925 ergeben, für folgende 3 Gruppen Ermäßigungen vorgesehen: a) wenn das Grundstück in den Jahren 1927 oder 1928 zu einem hinter dem Einheitswert 1928 um einen bestimmten Betrag zurückbleibenden Preise veräußert worden ist; b) bei denjenigen Eigentümern zwangsbewirtschafteter Grundstücke, die ausschließlich auf die Erträge des Grundstücks angewiesen sind und den Mehrbetrag der Vermögenssteuer ohne ernstliche Gefährdung ihres Lebensunterhalts schlechthin nicht entrichten können; c) für solche Eigentümer kleinerer, ausschließlich von ihnen bewohnten zwangsbewirtschafteten Villen, die im Hinblick auf ihr geringes Vermögen und Einkommen die Villa sonst nicht halten könnten. In allen Fällen wird, gleichviel ob bereits Rechtskraft vorliegt oder nicht, die Ermäßigung der Vermögenssteuer nur auf Antrag gewährt, der bis zum 30. Juni beim Finanzamt einzureichen ist. Die an sich zu entrichtenden Verzugszinsen für die am 15. Februar und 15. Mai 1929 fällig gewordenen und nicht entrichteten Vermögenssteuerbeträge sollen dann nicht erhoben werden, wenn die Zahlung bis spätestens 15. Juni 1929 geleistet wird. Kosten für solche Rechtsmittel, die im Hinblick auf die Verhandlungen im Reichstage aus Vorsicht eingelegt sind, sollen nicht erhoben werden, wenn die Rechtsmittel bis zum 30. Juni 1929 zurückgenommen werden.

Die weitere Wirtschaftsdebatte.

Berlin, 5. Juni. Die Etatsberatung im Reichstag schreitet rüstig vorwärts. Der Haushaltsausschuß arbeitet mit Hochdruck. Seine gestrige Abendsitzung zog sich nahe an Mitternacht hin und heute, da man den Wehretat unter die Lupe zu nehmen begonnen hat, wird es nicht viel früher werden. Inzwischen wurde im Plenum die wirtschaftspolitische Debatte bei freilich schwach besetztem Hause fortgesponnen. Die Kommunisten hatten natürlich nichts Eiligeres zu tun, als durch den zungenfertigen Herrn Koenen die mittelstandsfreundliche Rede des Reichswirtschaftsministers in einem Plaidoyer zu Nutz und Frommen der großen Konzerne umzudeuten. Der Volksparteiler Beythien kennzeichnete die gestrige Rede des Sozialdemokraten Kraezig als ein neues Dokument für den Klassengeist, in dem die Sozialdemokratie befangen ist. Der Abgeordnete Drewitz von der Wirtschaftspartei zeigte sich gegenüber den Verheißungen des Ministers skeptisch. Der Demokrat Meyer-Berlin warnte vor übertriebenen hochschutzzöllnerischen Bestrebungen. Dann griff nochmals Minister Curtius in die Debatte ein. Mit einer bei seiner sprichwörtlichen Konzilianz ungewöhnlichen Schärfe wies auch er die einseitige Wirtschaftskritik, in der sich gestern der Sozialdemokrat Kräzig gefallen, zurück. Darüber hinaus aber protestierte er energisch gegen die plumpe agitatorische Behauptung des Parteivorsitzenden Wels in Magdeburg, die bürgerlichen Parteien wünschten gar keinen Erfolg der gegenwärtigen Regierung, weil sie von Sozialdemokraten geleitet sei. Immerhin meinte Dr. Curtius hernach einlenkend, daß die bisherige Verantwortungsgemeinschaft wieder fortgeführt werden könne. Der Minister umriß dann das Programm, das nach den Pariser Verhandlungen zu bewältigen sein wird. Bedeutsam war seine Feststellung, daß die Arbeitslosenversicherung einer „grundlegenden" Reform bedürfe, ihr also mit einigen Schönheitspflästerchen nicht geholfen sei. Bedeutsam auch die Erklärung, es könne nicht jede Zollbewegung verneint, auf der anderen Seite aber der Zollschutz nicht als Allheilmittel für die Landwirtschaftskrise betrachtet werden. Diese zweite Curtius-Rede wirkte wie eine kleine Sensation. Die Sozialdemokraten waren sichtlich betroffen über die Zurechtweisung, die ihnen von Dr. Curtius zuteil wurde und die ihnen sehr deutlich zu Gemüte führte, daß eine Regierungspartei nicht fortwährend oppositionelle Allüren zur Schau tragen kann. Die Kommunisten versuchten die Situation auszunützen und zu einem Eklat zu treiben. Sie beantragten, daß der Reichskanzler herbeizitiert werde, um zu „solcher Provokation der Arbeiterschaft", wie Dr. Curtius sie sich geleistet habe, unverzüglich Stellung zu nehmen. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Das Finale der Sitzung bildete ein neuer, aber später Vorstoß der Deutschnationalen, die die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung über die Reparationsfrage auf die morgige Tagesordnung zu setzen beantragten. Nur die Kommunisten und einige kleinere Gruppen leisteten den Deutschnationalen Gefolgschaft.

Mord. Mittwoch abend um 8 Uhr wurde in Limburg ein gräßlicher Mord verübt. Der 28jährige Tischler Rudolf Reither aus Kaiserslautern lockte die 20jährige Helene Schneider aus Kaiserslautern, die hier bei den Eltern ihres Bräutigams zu Besuch weilte, unter einem Vorwand aus dem Hause und ging mit ihr zu der unbelebten alten Domgrippe. Hier zog er plötzlich ein Messer aus der Tasche und brachte dem Mädchen eine Anzahl Stiche in Leib, Herz und Kopf bei. Dann schnitt er ihr an beiden Armen die Pulsadern durch. Das Mädchen brach blutüberströmt tot zusammen. Reither hatte früher mit dem Mädchen ein Verhältnis anbahnen wollen, war aber von ihm abgewiesen worden. Er hatte deshalb früher schon mehrmals das Mädchen mißhandelt und ist deshalb bestraft worden. Nach der Tat ergriff der Mörder die Flucht. Er konnte aber in kurzer Zeit von der Polizei festgenommen werden.

Der unschuldige Mörder. An dem Reichsernährungsminister Dr. Dietrich hat der Druckfehlerteufel in seiner modernsten Form sein Mütchen gekühlt. Ein Berliner Spätabendblatt, das viel mit Bildern arbeitet, hat offenbar die Absicht gehabt, die Photographie des Reichsernährungsministers zu veröffentlichen im Hinblick auf die Reichstagsaussprache über den Ernährungsetat und gleichzeitig in einer anderen Spalte den Bericht über den Mörder an der Prinzessin Dadschi in Wien durch die Photographie des Täters und seines Opfers illustrieren wollen. Ein verhängnisvoller Zufall hat es nun aber gewollt, daß diese beiden Bilder im letzten Augenblick vertauscht wurden. Jedenfalls prangte in der Zeitung unter der Ueberschrift „Der Mörder und sein Opfer" auf der einen Seite der Ernährungsminister und auf der anderen Seite die Prinzessin Dadschi. Herr Dr. Dietrich ist am Dienstag morgen nach München gereist, um von dort nach Budapest weiterzufahren. Es ist selbstverständlich, daß dieses kleine Malheur in den Wandelgängen des Reichstags zu reichlichen Scherzen auf seine Kosten Veranlassung gab.

Ulm, 5. Juni. (Wollauktion.) Bei der Wollauktion am 20. und 21. Juni werden ca. 5500 Ztr. Rückenwäsche und ca. 5500 Ztr. Schweißwolle ausgeboten. Besichtigung der Wollen ab 17. Juni. (Gesamtes Gefälle 1928).

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der Reichswehretat im Ausschuß.

Berlin, 5. Juni. Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann heute die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Auf Antrag des Abgeordneten Stöcker (Komm.) wird die Redezeit für den ersten Redner jeder Fraktion für diesen Etat auf 30 Minuten verlängert. Berichterstatter Abg. Stücklen (Soz.): Bei der Finanznot des Reiches ist auch der Wehretat in einer Weise beschnitten, wie man es im Vorjahre noch nicht für möglich gehalten hätte. Von Ersparnissen könne aber keine Rede sein, man könne nur von Minderausgaben in Höhe von 60 Millionen für dieses Jahr sprechen, denn die einmaligen Ausgaben kämen im nächsten Jahr wieder. Wirklich gespart werden könne nur in dauernden Ausgaben. Gewundert habe er sich, wie es möglich gewesen sei, 41 Millionen Reste an den Finanzminister zurückzugeben. Trotzdem habe man diese Mittel früher für notwendig erklärt. Abg. Esing (Ztr.) tritt dem sozialdemokratischen Abgeordneten entgegen. In der Reichswehr steht es mit den Aufrückungsmöglichkeiten der Volksschüler kein Jota schlechter als bei den übrigen höheren Verwaltungen. Wenn man in republikanisch geleiteten Ministerien das Abitur fordere, mache man sich lächerlich, wenn man es dem Reichswehrministerium verbieten wolle. Abgeordneter Brüninghaus (D. Vp.) erläutert, wie die 41 Millionen Reste zuhandegekommen seien. Der Redner bittet um Auskunft über Vergebung von Lieferungen. Abg. Dr. Külz (Dem.) erkennt den Willen des Ministeriums zu Einsparungen an. Aber der Verwaltungsapparat scheine ihm noch ziemlich üppig zu sein. Aehnlich sei es bei der Beschaffung von Munition und Waffen, wo die Konkurrenz fehle.

Deutschnationale Stimmen für Panzerkreuzer

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat beschlossen, der zweiten Baurate für den Panzerkreuzer A ihre Zustimmung zu erteilen. Dieser Beschluß hat insofern erhebliche politische Bedeutung, als durch die Stellungnahme der Deutschnationalen die Bewilligung der Baurate auch dann gesichert ist, wenn die Sozialdemokraten sie ablehnen. — Im deutschnationalen Lager waren gewisse Tendenzen zu verzeichnen, die darauf abzielten, in Ausnutzung aller oppositionellen Möglichkeiten die Regierung dadurch in ernste Schwierigkeiten zu bringen, daß man der Koalition die Auseinandersetzung über den Panzerkreuzer zuschob oder gar die Ablehnung der zweiten Baurate herbeiführte.

Der Kampf um die Reichswehr.

Berlin, 5. Juni. Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann am Mittwoch die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. In der allgemeinen Aussprache erklärte der Vertreter der Sozialdemokraten, daß seine Partei nicht eine Politisierung der Reichswehr wolle, sie aber für die republikanische Staatsgesinnung gewinnen wolle. Der Redner betonte, daß Deutschland durchaus nicht alle Möglichkeiten des Versailler Vertrages für das Heer ausschöpfen müsse. Der Vertreter des Zentrums erinnerte an das zehnjährige Bestehen unserer Reichswehr und betonte, daß die Frage, ob wir eine Reichswehr haben sollen, inzwischen von der großen Mehrheit des Volkes bejaht worden sei. Dagegen werde der Kampf um die Reichswehr noch lange weiter gehen. Bei gutem Willen allerseits werde sie ein Instrument der deutschen Republik und des Staates und Volkes werden. Der demokratische Redner bezeichnete die Reichswehr als eine Staatsnotwendigkeit und verfassungsmäßige Einrichtung. An Stelle der alten Tradition müsse aber eine neue Tradition in der Reichswehr sein. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei verwies auf das gute Einvernehmen, das man bei Manövern zwischen Zivilbevölkerung und Militär beobachten könne. Die Reichswehr müsse aus dem politischen Getriebe ferngehalten werden. Der Vertreter der Deutschnationalen forderte, daß an Ausrüstungsgegenständen wie Gasmasken usw., ferner am wichtigsten in der Ausbildung im Manöver nicht gespart werden dürfe.

Strafbefehl gegen Max Hölz.

Berlin, 5. Juni. In der bekannten Auseinandersetzung zwischen dem Redakteur Rabold und dem Kommunistenführer Max Hölz ist jetzt vom Amtsgericht gegen Max Hölz ein Strafbefehl über 50 Mark wegen versuchter Nötigung in Tateinheit mit Körperverletzung erlassen worden. Rabold hatte gegen Hölz Anzeige erstattet, weil er ihn angegriffen und mit Totschlag bedroht hatte. Es handelt sich in diesem Falle darum, daß Rabold seiner geschiedenen Frau das Kind aus der gemeinsamen Ehe, für das ihm durch das Scheidungsurteil das Sorgerecht zugesprochen worden war, durch die Polizei wegnehmen lassen wollte, um es angeblich dem Einfluß von Hölz zu entziehen. Gegen den Strafbefehl hat Max Hölz Einspruch erhoben, da er in öffentlicher Gerichtsverhandlung den Fall zur Aufklärung bringen will.

Diener des Auslands.

Berlin, 5. Juni. Am 28. Juni, dem 10. Jahrestag der Annahme des Versailler Vertrags, werden die Vereinigten Vaterländischen Verbände allenthalben Kundgebungen gegen die Kriegsschuldlüge veranstalten. Dieser Plan hat die tüchtige Deutsche Friedensgesellschaft veranlaßt, eine Gegenaktion einzuleiten. Am Dienstag abend sind in einer Mitgliederversammlung die näheren Einzelheiten besprochen worden. Der Sozialdemokrat Ströbel hat unter stürmischem Beifall ganz unumwunden erklärt, es gelte, „diese Unschuldskampagne mit allen Mitteln der Propaganda zu sabotieren". Die Friedensgesellschaft hat zu dem Ende ein Flugblatt verfaßt, das in großen Mengen verbreitet werden soll und in dem es heißt, daß es „endlich die Wahrheit über die Schuld Deutschlands am Kriege an den Tag bringen wird." Die „Berliner Börsenzeitung" bringt einen längeren Auszug aus dem Dokument, das ebenso gut in einem feindlichen Nachrichtenbüro entstanden sein könnte. Unter der Ueberschrift: „Tatsachenbeweise" versucht die Friedensgesellschaft darin die angebliche planmäßige Vorbereitung des Weltkrieges und die Hauptschuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges — gegenüber dem „Friedenswillen der Versailler Mächte" — nachzuweisen. In dem uns immer noch nicht rosig gesinnten Ausland wird man sich die Hände reiben und der Deutschen Friedensgesellschaft danken, daß sie in so vorbildlicher Weise der fast überwundenen Kriegsschuldlegende neues, haßerfülltes Leben einhaucht.

Zehn Jahre Versailles.

Der „Vorwärts" schreibt u. a.: Zum 28. Juni, dem 10. Jahrestag des Unterzeichnungsaktes in Versailles werden Kundgebungen geplant, die angeblich „überparteilichen Charakter" tragen sollen. Die verschiedensten Körperschaften hat man bereits für diesen Plan zu interessieren versucht. So hat u. a. auch der deutsche Städtetag an seine Mitgliedsstädte die Anregung weitergegeben, „Kundgebungen gegen die Kriegsschuldbehauptung" zu veranstalten oder zu fördern. Um alle Mißverständnisse auszuschließen, sei festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei diesen Plänen fernsteht und sich an ihrer Ausführung nicht beteiligen wird. Die Sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, sich an Kundgebungen zu beteiligen, die nach der Absicht mancher ihrer Teilnehmer der Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften dienen sollen.

Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragung in das Vereinsregister vom 3. Juni 1929: **Verein für Bienenzucht Neuenbürg** (Württ.). Sitz: **Neuenbürg.**

Neuenbürger Heimattag.

Es ist beabsichtigt, zu dem Heimattag alle **auswärtigen Neuenbürger einzuladen.** Ich ersuche deshalb die Angehörigen von solchen, die genauen Adressen ihrer erwachsenen auswärtigen Familienangehörigen und Bekannten **bis spätestens Montag den 10. Juni** auf der Polizeiwache oder auf Zimmer 2 abzugeben.

Stadtschultheiß Knodel.

Gemeinde Birkenfeld.

Am **Sonntag den 9. Juni, nachmittags 1/3 Uhr,** findet im Hotel zum „Schwarzwaldrand" die

Bewerber-Vorstellung

für die am **23. Juni ds. Js.** stattfindende **Ortsvorsteherwahl** statt.

Ferner findet am **16. Juni, abends 7 Uhr,** im gleichen Lokal eine **öffentliche Bürgerversammlung** statt, wozu an dieser Stelle im Voraus hingewiesen wird.

Die Einwohnerschaft wird zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.

Der Gemeinderat.

Eichen-Versteigerung.

Die **Gemeinde Pfaffenrot** versteigert aus ihrem Gemeindewald am **Dienstag den 11. ds. Mts., vormittags 9 Uhr beginnend,** Zusammenkunft beim Rathaus dahier:

6 Eichen II. Klasse von 1,83 Festm. abwärts,
27 Eichen III. Klasse von 1,67 Festm. abwärts,
90 Eichen IV. Klasse von 1,44 Festm. abwärts,
68 Eichen V. Klasse von 0,99 Festm. abwärts,
6 Eichen VI. Klasse von 0,23 Festm. abwärts.

Auszüge können bei Waldhüter Mohr in Pfaffenrot bestellt werden.

Pfaffenrot, den 4. Juni 1929.

Bürgermeisteramt:
Benz.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zur Erneuerung eines Fabrikdaches für Herrn **Alfred Gauthier, Calmbach,** haben wir die

Grab-, Beton- und Maurer-Arbeiten

zu vergeben. Die Unterlagen liegen während der Geschäftsstunden auf dem Büro der Unterzeichneten auf. Verschlossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis **Dienstag den 11. Juni ds. Js., nachm. 5 Uhr,** daselbst einzureichen.

Calmbach, Schömberger Straße 219.

Karl Junge, Architekt, B.D.A.
Walter Junge, Baumeister.

Altversicherte der Victoria zu Berlin
wollen sofort zwecks Aufwertung sich bei der Geschäftsstelle dieser Zeitung mit genauer Adressen-Angabe, Name und Wohnung melden, auch solche, die nicht mehr im Besitz von Policen sind.
Besuche die einzelnen alle persönlich.
Ob.-Insp. Gerth, Berlin.

Gut, modern & billig!
finden Sie
Mäntel & Kleider
in grosser Auswahl
zu
bekannt vorteilhaften Preisen
bei
Krüger & Wolff
Das grosse Spezialhaus für Damenkonfektion

Neuenbürg.
Heute



Schlachtpartie
im
„Ratsstübel".

Bieselsberg.
Junge
Nutz- und Fahrkuh



3-4 Wochen trächtig, verkauft
Wilhelm Kusterer.

W. Forstamt Hirsau.

Nadel-Stammholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich am **Dienstag den 11. Juni 1929,** mittags 12 Uhr, in Hirsau im „Kurhotel" aus Staatswald Ottenbronnerberg, Altburgerberg, Weckenhardt: Fo.-Langh.: Fm.: 95 I., 178 II., 227 III., 82 IV., 22 V., 2 VI.; Sägh.: Fm.: 30 I., 16 II., 25 III., 14 IV., 3 V. Klasse. Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke durch die Forstdirektion, G.f.H., Stuttgart.

Tüchtige Kraft,

gut bekannt im Bezirk **Wildbad, Neuenbürg, Liebenzell,** als Vertreter bei hohen Bezügen gesucht. Auch als Nebenberuf für Geschäftsmann geeignet.

A. Leicht,
Stuttgart, Seyfferstr. 51.

Neuenbürg.
Heute und morgen



Schlachtpartie.
Kirn.

Würzbach.
Eine neunmelkige, angewöhnte junge



Kuh,
aber ein 3½ Monate altes
Zuchtrind,
setzt dem Verkauf aus
Jordan Rentschler.

Holzkaufzettel,
neues Formular,
vorrätig in der
C. Meeh'schen Buchhdlg.

Zurück!
Augenarzt Dr. Ostenried
Pforzheim, Westliche 29.

Gesangbücher
von einfachster bis feinster Ausführung empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

Krieger- und Militärverein Dobel.



Einladung.

Am **Sonntag den 9. Juni d. J.** findet auf unserem Schießstand das

Wanderpokal-Schießen

verbunden mit **Einzelschießen** statt, wozu wir die geehrten Schützenvereine und Freunde des Schießsportes freundlichst einladen.

Programm.

Beginn des Schießens von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 6 Uhr. Unterbrechung von ½10 Uhr bis ½11 Uhr während des Gottesdienstes.

Geschossen wird auf 50 Meter auf K.K.-Scheibe.

1. Einzelschießen 5 Schuß liegend freihändig. Einsatz 1.— Mk., Wiederholung Mk. —.50 beliebig.
2. Jungschützen unter 17 Jahren Einsatz Mk. —.60, Wiederholung Mk. —.30 beliebig.
3. Werbeschießen, Erinnerungsplakette. 3 Schuß stehend freihändig. 7 Ringe 1 Punkt, 8 und 9 Ringe 2 Punkte, 10 und 11 Ringe 3 Punkte und 12 Ringe 5 Punkte. Bedingung 10 Punkte, Einsatz Mk. 1.—, Wiederholung Mk. —.50.

Preisverteilung 6½ Uhr auf dem Platz, es kommen nur wertvolle Preise zur Verteilung.

Abends gemütliches Beisammensein im Gasthaus zum **„Ochsen".**

Aenderungen bleiben vorbehalten.

Allgemeine Bedingungen sind am Schießhaus angeschlagen. Patronen sind vom Schützen selbst zu stellen. Für Unfälle haftet der Verein nicht.

Die Preise sind im Schaufenster des Herrn Karl Ruff, Bäckermeister, ausgestellt.

Mit deutschem Schützengruß!

Schützen-Abteilung des Krieger- und Militärvereins Dobel.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw